

**Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz**

Protokoll

6. Sitzung (nicht öffentlich)

10. Januar 1991

Düsseldorf - Haus des Landtags

10.30 Uhr bis 12.50 Uhr

Vorsitzender: Abgeordneter Kruse (CDU)

Stenographin: Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Seite

1 Aktuelle Viertelstunde

a) Unbekannte Schweinekrankheit im Münsterland

1

Staatssekretär Dr. Bentrup (Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft) gibt einen kurzen Sachstandsbericht.

b) Verschiedene Fragestellungen der Abgeordneten Keller (CDU)

3

Siehe Diskussionsteil dieses Protokolls.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

Seite

c) Baumfällaktion in der Rolandstraße in Köln

Anfrage der CDU-Fraktion und der F.D.P.-Fraktion

3

Bericht von Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)

d) Durchführung der Milchquoten-Sonderaktion des Landes Nordrhein-Westfalen

Schreiben des Umweltministeriums vom 4. Januar 1991 und
21. Dezember 1990

5

Der Ausschuß erörtert einzelne Fragestellungen.

e) Notwendigkeit der Ausweisung des Heilenbecker Stausees zum Wasserschutzgebiet

Wasserbeschaffungsverband Milspe sieht sich außerstande,
Entschädigungszahlungen auf der Grundlage des Landeswas-
sergesetzes vorzunehmen.

7

Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL) erklärt sich bereit,
den Fraktionssprechern eine schriftliche Stellungnahme
zuzuleiten.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

Seite

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Vorlagen 11/170 und 11/190

8

Die Ausschußmitglieder bitten darum, daß ihnen der ausführliche Einführungsbericht zum Einzelplan 10 schriftlich zugestellt werden soll. - Der Einführungsbericht liegt mittlerweile als Vorlage 11/285 vor.

An einen kurzen Überblick über die Veränderungen im Personaletat schließt sich eine Aussprache über einzelne Fragestellungen an.

3 Vorschlag einer Verordnung (EWG) des Rates zur Einführung oder Beibehaltung landwirtschaftlicher Erzeugungspraktiken, die den Erfordernissen des Schutzes der Umwelt und der Erhaltung der natürlichen Lebensräume gerecht werden

Bundesratsdrucksache 726/90

19

Die Beratung der Drucksache bietet Anlaß, die Beteiligung der Fachausschüsse an Bundesrats- und EG-Angelegenheiten und die Zusammenarbeit mit dem Unterausschuß "Europapolitik und Entwicklungszusammenarbeit" generell zu erörtern.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

Seite

Der Ausschuß nimmt die Bundesratsdrucksache 726/90 zur Kenntnis.

4 Vorschlag für eine Entscheidung des Rates über die Gemeinschaftskriterien für die Maßnahmen zur Tilgung und Überwachung bestimmter Tierseuchen

Bundesratsdrucksache 808/90

27

Der Ausschuß nimmt die Bundesratsdrucksache 808/90 zur Kenntnis.

5 Bericht des Ministers für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft über die Sitzung der Agrarminister unter Berücksichtigung der Ausgestaltung der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes"

27

Der Ausschuß nimmt einen Bericht von Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL) entgegen.

Nächste Sitzung: 21. Februar 1991

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

2 **Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1991**

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 11/800

Einzelplan 10 - Minister für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

Vorlagen 11/170 und 11/190

Der **Vorsitzende** erinnert zunächst an den vom Ältestenrat vorgegebenen Zeitplan für die Haushaltsberatungen. Daraus ergebe sich für den Landwirtschaftsausschuß folgendes weiteres Beratungsverfahren:

- 21. Februar Einzeldurchgang und Fragestellung an das Ministerium
- 28. Februar Schlußberatung und Beschlußfassung über die Anträge.

Nach kurzer Erörterung über das Beratungsverfahren kommt der **Ausschuß** überein, daß die Einführungsrede des Ministers in Zukunft dem Ausschuß in angemessener Zeit vor der ersten Beratungssitzung zugeleitet werden solle. Die für die heutige Sitzung geplante ausführliche Einführungsrede des Ministers solle den Abgeordneten schriftlich zugestellt werden.

Anmerkung des Protokolls: Die Einführungsrede liegt den Ausschußmitgliedern mittlerweile als Vorlage 11/285 vor.

Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL) gibt sodann einen Überblick über die Veränderungen im Personaletat des Einzelplans 10:

Die Landesregierung hat für dieses Jahr im Entwurf des Haushalts die Einrichtung von 400 neuen Stellen für den Aufgabenbereich Umweltschutz beschlossen. Davon entfallen 170 Stellen auf den unmittelbaren Geschäftsbereich des MURL, einschließlich des nachgeordneten Bereichs;

230 Stellen entfallen auf die Regierungspräsidenten, soweit dafür der Einzelplan 03 zuständig ist.

Von den für die Regierungspräsidenten vorgesehenen Stellen sind zunächst 100 gesperrt, bis das Ergebnis der beim Regierungspräsidenten Arnberg laufenden Untersuchung der Organisation und Struktur seiner Behörde ist.

Die neuen Stellen sind für verschiedene Aufgabenbereiche vorgesehen. Neue bundesrechtliche Vorschriften zur Abfall- und Reststoffüberwachung und -entsorgung, die konsequente Umsetzung des Reststoffvermeidungs- und -verwertungsgebotes nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz sowie die zunehmende Bedeutung des Aufgabenschwerpunktes Bodenschutz erfordern nicht nur eine Personalverstärkung im nachgeordneten Bereich, sondern auch unmittelbar im Ministerium selber.

Es ist vorgesehen, daß drei neue Referate eingerichtet werden: ein Referat speziell zum Thema Bodenschutz, ein Koordinierungsreferat zum Thema Reststoffe für den Bereich der Wasser- und Abfallwirtschaft und ein Koordinierungsreferat Reststoffe für den Bereich der Gewerbeaufsicht, für den sechs Stellen für je einen Referenten und einen Sachbearbeiter benötigt werden. Zwei Stellen sind für Hilfsreferenten vorgesehen: für die Organisation der Umweltverwaltung; ein weiterer Hilfsreferent für den Bereich Waldökologie; Stichwort Wald 2000 - Entschließung des Landtags, Umsetzung dieser Vorstellungen. Zwei Stellen sind für Sachbearbeiter im Bereich Landschaftsplanung und abfallwirtschaftliche Standortplanung und schließlich drei Stellen für weitere Mitarbeiter in der Koordinierungsstelle TA Abfall und für den Schreibdienst vorgesehen.

Für die Landesanstalt für Immissionsschutz in Essen sind sieben Stellen vorgesehen, und zwar für die Aufgabenbereiche der Reststoffe und die Umsetzung der Wärmenutzungsverordnung. Vier neue Stellen werden zur Verstärkung der Infrastruktur, das heißt für den Schreibdienst, für die Meßdienste und für die ADV-Betreuung eingerichtet. Für das Landesamt für Wasser und Abfall, die staatlichen Ämter für Wasser- und Abfallwirtschaft sind 44 Stellen vorgesehen. 18 kw-Vermerke, die bislang im Haushalt stehen, werden gestrichen. 40 neue Stellen werden schwerpunktmä-

Big für die Aufgaben Vollzug der Abfall- und Reststoffüberwachungsverordnung und der TA Abfall eingerichtet. Zur Durchführung des Gewässerauenprogramms und für die Gewässereinleitungsüberwachung, auch für den Bereich LWA und StÄWA haben wir vier Stellen für den Schreibdienst mit eingeplant.

Für die Gewerbeaufsichtsämter sind 50 Stellen vorgesehen, und zwar 24 Stellen für wissenschaftliche Mitarbeiter und Sachbearbeiter. Da geht es insbesondere um die Bereiche der Störfallverordnung, der Umsetzung des Gentechnikgesetzes, des Vollzugs der TA Abfall und des Vollzugs der Reststoffvermeidungs- und -verwertungsgebote in § 5 Bundesimmissionschutzgesetz. Die anderen Stellen sind für die Bußgeld- und Verfahrensstellen vorgesehen.

Für das sich im Aufbau befindliche Informationszentrum für gefährliche Stoffe in Duisburg, das sich vornehmlich mit der Sammlung und Verfügbarmachung von Daten und Analysen auf dem Sektor gefährlicher Stoffe befaßt, sind sieben Stellen im Haushalt 1991 vorgesehen.

Für das Bodenschutzzentrum, das sich in Oberhausen befindet und die Tätigkeit im Rahmen des Bodenschutzes koordiniert, sind ebenfalls sieben Stellen vorgesehen. Die Aufgaben Flächenrecycling und Revitalisierung von Böden sowie einzelfallbezogene Problemanalysen erfordern eine stärkere wissenschaftliche Zuarbeit. Deshalb sind hier sechs Kräfte veranschlagt, auch eine Verwaltungskraft für den inneren Dienstbetrieb im Bodenschutzzentrum.

Im Bereich der Veterinärverwaltung sind 18 Stellen eingeplant. Hier geht es darum, daß wir einen Nachholbedarf bei den staatlichen Veterinäruntersuchungsämtern haben. In diesem Bereich sind insgesamt 14 Stellen vorgesehen. Vier Stellen sollen an das Chemische Landesuntersuchungsamt Münster gehen. Dort geht es insbesondere um die Betreuung des Bereiches gute Laborpraxis, um ein Zertifizierungssystem, was wir zentral für den gesamten Bereich innerhalb Nordrhein-Westfalens machen. Hier geht es um Stellen, die die Überwachung, die Betreuung, die Anerkennung von Labors zum Gegenstand haben, und zwar sowohl von Labors im Landesdienst als auch im Bereich der Industrie.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

Für die LÖLF wurden insgesamt neun Stellen zusätzlich veranschlagt. Ein kw-Vermerk soll gestrichen werden. Dabei geht es um die Naturschutzgebiete, Standortplanung und Biotopkataster. Dafür sind insgesamt sechs neue Stellen vorgesehen. Drei neue Stellen sollen für die Infrastruktur der LÖLF verwandt werden.

Für die Forstverwaltung ist eine Stellenvermehrung vorgesehen: 15 neue Stellen und der Wegfall von 15 kw-Vermerken. Diese Stellen sollen in zwei Fällen für Dezernenten eingesetzt werden, zehn Stellen für die Einrichtung von neuen Forstbetriebsbezirken und schließlich noch drei Stellen für Waldarbeiter.

Innerhalb der Landesforstverwaltung werden die 15 kw-Vermerke wegfallen, so daß die Mitarbeiter, die auf diesen Stellen sitzen, nun dauerhafte Stellen für die Landesforstverwaltung bekommen.

Hinsichtlich der Verstärkung der Fachdezernate bei den Regierungspräsidenten mit 230 Stellen - davon 100 zunächst gesperrte - möchte **Abgeordneter Neuhaus (CDU)** wissen, wie die anderen 130 Stellen vornehmlich eingesetzt werden sollten.

Sie würden insbesondere der Abteilung 5 - Genehmigungsverfahren -, insbesondere für die Dezernate 51 - obere Landschaftsbehörde -, 54 - Wasserbehörde - und 55 - Gewerbeaufsicht - zugeordnet, antwortet **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)**. Die Abteilung 6 - Landesplanung - solle insgesamt 20 Stellen zugewiesen bekommen. Für das Dezernat 26 - Lebensmittelüberwachung - sei ebenfalls eine Verstärkung vorgesehen.

Diese Stellen seien im Einzelplan 03 veranschlagt, wenn sie auch das Umweltministerium zu betreuen habe, da sie inhaltlich mit dessen Aufgaben zusammenhingen.

Der **Vorsitzende** bezweifelt, daß alle Stellen in der entsprechenden Größenordnung besetzt werden könnten, da dazu hochqualifizierte Kräfte benötigt würden.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

Im großen und ganzen sei die Resonanz auf die ausgeschriebenen Stellen sehr groß, entgegnet **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)**. Er gehe davon aus, daß die Stellen nach Verabschiedung des Haushalts alle besetzt werden könnten.

Das Ministerium habe schon mit der Anwerbung von Verfahrenstechnikern, Abwasserspezialisten und Chemikern mit Spezialkenntnissen in der Verfahrenstechnik begonnen, um in einem zeitlichen Vorlauf Mitarbeiter zu gewinnen. Selbstverständlich könne die Einstellung erst dann erfolgen, wenn der Haushalt dies zulasse.

In der Praxis spiele bei den Stellenbesetzungen nicht immer nur die fachliche Qualität eine Rolle, sondern auch die parteipolitische Zugehörigkeit, bemerkt **Abgeordnete Keller (CDU)**. Sie wüßte gerne, ob das auch auf diese Stellen zutreffe.

Er verstehe diese Frage nicht, gibt **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** an. Er verweise auf das objektivierte Ausschreibungsverfahren, das assesment-center-Verfahren mit sehr dezidierten Prüfungsaufgaben, die bei der Einstellung zugrunde gelegt würden. Dabei spielten nur fachliche Erwägungen eine Rolle. Allerdings finde die frauenpolitische Komponente bei der Auswahl der Bewerber Berücksichtigung. Aufgrund der Unterrepräsentation von Frauen in den betreffenden Bereichen würde ihnen bei gleicher Qualifikation der Vorzug gegeben.

Abgeordneter Knipschild (CDU) unterstellt, daß solche Vermutungen dem Staatssekretär nicht zum ersten Mal unterbreitet würden. Er mahne zur Nachdenklichkeit, gerade wenn dies so rigoros abgestritten werde.

Der Abgeordnete hat einen Fall vor Augen, in dem sich ein Bewerber trotz guter Qualifikationen und längerer Dienstzeit wegen seines falschen Parteibuches kaum Chancen ausrechnen könne, die entsprechende Stelle zu bekommen.

Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL) bittet den Abgeordneten, ihm die Bewerbung zu übergeben. Für die nachgefragten Stellen würden alle Bewerbungen einbezogen. Das Einstellungsverfahren werde immer mit Beteiligung des Personalrates

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

vorgenommen. Die Behauptung, dies würde nach parteipolitischen Vorgaben geschehen, sei einfach falsch.

Bezüglich der Stellen beim Regierungspräsidenten hat der **Abgeordnete Neuhaus (CDU)** die Feststellung gemacht, daß bei der Durchführung von Planfeststellungsverfahren bezüglich Müllverbrennungsanlagen erhebliche Verzögerungen einträten. Beispielsweise sehe sich ein Kreis gezwungen, den Müll über ein Jahr lang in andere Kreise transportieren zu müssen. Solche zusätzlichen Kosten sollten besser in mehr Personal umgemünzt werden.

Des weiteren hält es der Abgeordnete für erfreulich, daß die Forstverwaltung mehr Berücksichtigung finde als in der Vergangenheit. - Sie sei aber immer von den Kürzungen ausgenommen gewesen, wirft **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** ein.

Daß die Forstbezirke als zu groß gälten, belege die Einrichtung acht neuer Forstbezirke, fährt **Abgeordneter Neuhaus (CDU)** fort. Er frage, welchen Forstämtern die zwei Dezernenten zugewiesen, und wo die acht neuen Forstbetriebsstellen eingerichtet würden.

Ein Vergleich mit anderen Bundesländern zeige, daß die Verfahren in Nordrhein-Westfalen zügiger liefen als in anderen Ländern, hebt **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** hervor. Die Länge der Verfahren werde nicht so sehr durch die Art der Bearbeitung bedingt, sondern vor allem durch die zusätzlichen Beteiligungen: gutachterliche Äußerungen, Einschaltung von Gerichten usw.

Dennoch bedürfe es einer Verstärkung der entsprechende Dezernate bei den Regierungspräsidenten. Von den 230 geplanten Stellen seien allein 120 für das Dezernat Wasser und Abfall vorgesehen, und zwar für den Verwaltungsdienst als auch für den technischen Dienst. Für die Dezernate 55, die den Immissionsschutz und somit auch die Müllverbrennungsanlagen betreuten, würden 58 Stellen veranschlagt. Beispielsweise bänden Umweltverträglichkeitsprüfungen vermehrt Arbeitskapazitäten.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

Was die Landesforstverwaltung betreffe, könne er derzeit noch keine Auskunft darüber geben, welche beiden Forstämter zusätzliche Dezernate bekommen sollten. Zunächst komme es darauf an, daß die Stellen auch wirklich genehmigt würden.

Bezogen auf die Forstbetriebsbezirke treffe es zu, daß die Forstämter beispielsweise durch die Ausweisung von Naturschutzgebieten zusätzlichen Belastungen unterlägen. Insbesondere in Westfalen seien acht neue Mitarbeiter vorgesehen.

Auf die Frage des **Abgeordneten Heidtmann (SPD)**, worauf der in den Erläuterungen zum Personalhaushalt auf Seite 3 aufgeführte Abgang von 35 Agrarreferendaren zurückzuführen sei, weist **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** darauf hin, der Staat sei gezwungen, den Bewerbern den Zugang zum Referendariat zu eröffnen, soweit die Kapazitäten ausreichen. Da die Nachfrage nach einem Referendariat allerdings die verfügbaren Kapazitäten übersteige, habe man einen Numerus clausus eingeführt.

Die Landwirtschaftsschüler und Berufsschüler stellen in den Landwirtschaftsklassen den Faktor dar, an dem sich die Kapazität der Referendarausbildung messen lasse. Bei einer Verringerung der Zahl der Schulen oder der Klassen verringere sich auch automatisch die Kapazität für die Referendarausbildung.

Da es sich bei den Referendaren um Widerrufsbeamte handele, würden sie automatisch nach Bestehen der Prüfung oder dem Nichtbestehen der zweiten Wiederholungsprüfung entlassen. Diese Entlassungen seien also beamtenrechtlich von vornherein vorgesehen.

Abgeordneter Uhlenberg (CDU) verweist auf das Minus von 16 Stellen bei der Agrarverwaltung - vergleiche Seite 3 der Vorlage 11/190 -. Die Agrarverwaltung sehe sich kaum noch in der Lage, ihre Arbeit unter Naturschutzgesichtspunkten zu erledigen.

Innerhalb der Agrarverwaltung gebe es eine Vielzahl von unbesetzten Stellen, die auch wegen des Rückgehens des Aufgabenfeldes unbesetzt geblieben seien, betont **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)**. In diesem Zusammenhang werde derzeit

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

ein Konzept erarbeitet, das den Aufgabenbestand der Agrarverwaltung für die nächsten Jahre und den sich daraus ableitenden Personalbestand festlegen solle. Von den jetzt nicht besetzten Stellen würden nicht alle für ein solches Konzept benötigt. Aus diesem Grunde sei die Umsetzung von 16 Stellen in andere Kapitel vorgesehen.

Abgeordneter Krömer (CDU) erkundigt sich, ob der Abgang von 30 Auszubildenden in die Verwaltung für Agrarordnung mit der Veränderung der Dienststellen selbst in Verbindung gebracht werden müsse.

Die Zahlen zum Personalhaushalt hätten keine Auswirkungen auf die Organisation oder die Zahl der Mitarbeiter in den Ämtern, stellt **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** heraus. Eine Vielzahl von Stellen sei, wie gesagt, nicht besetzt. Eine Verlagerung in andere Kapitel, zum Beispiel aus der Forstverwaltung in die Verwaltung für Agrarordnung, habe keine Auswirkungen auf die tatsächlich in der Verwaltung beschäftigten Bediensteten bzw. auf die Größe der Ämter oder deren Standorte.

Abgeordneter Gorlas (SPD) bittet um Erläuterung, wie die auf Seite 65 in der Vorlage 11/190 genannten Verlagerungen der kw-Vermerke zu verstehen seien.

Was die vom Staatssekretär angeführten unbesetzten Stellen betreffe, interessiere ihn, ob dies damit zusammenhänge, daß man keine entsprechenden Leute finde, oder ob sie nicht besetzt werden dürften.

Des weiteren frage er, ob die Agrarverwaltung möglicherweise nicht darunter leide, daß für einige Bereiche zuviel Personal, in anderen wiederum zuwenig Personal arbeite. Hier müsse wahrscheinlich eine Umschichtung erfolgen.

Insgesamt handele es sich um 34 kw-Vermerke - 18 aus dem Bereich Wasser, 15 aus dem Bereich Forsten und einer aus der LÖLF -, die in die Agrarordnungsverwaltung verlagert würden, gibt **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** an.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

Die Agrarordnungsverwaltung sei Gegenstand einer Beratung in der damaligen Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" gewesen. Dabei habe man die Vorgabe gemacht, eine Vielzahl von Stellen nicht zu besetzen, solange nicht ein Personalbedarfskonzept vorliege. Das liege mittlerweile vor, beinhalte aber den Aufgabenbestand zum Zeitpunkt von drei Jahren. Gegenwärtig werde der Aufgabenbestand neu definiert. Die Rolle der Agrarordnungsverwaltung für den Bereich des Naturschutzes solle noch deutlicher werden. Im Augenblick sei die Konzeption aber noch nicht abgeschlossen.

Bei einer optimistischen Einschätzung zukünftiger Aufgaben reiche der tatsächliche Personalbestand der Agrarordnungsverwaltung aus. Allerdings müsse man umschichten. Beispielsweise sollten Mitarbeiter, die bislang im traditionellen Flurbe-reinigungssektor tätig gewesen seien, zunehmend ersetzt werden. Dies könne auch durch die Landschaftsplaner geschehen. Man könne von einer inneren Umstrukturi-erung der Berufssparten innerhalb der Ämter reden. Der Personalumfang reiche aus, um die vorgegebenen Verlagerungen vorzunehmen, ohne Standorte zu gefährden, ohne die tatsächlichen Mitarbeiter zu gefährden und auch ohne dabei die zukünftige Konzeption - schwerpunktmäßige Verlagerung der Aufgaben in Rich-tung Naturschutz - zu gefährden.

Abgeordneter Knipschild (CDU) kommt auf den Abgang von 26 Stellen für Auszubildende in der Agrarordnungsverwaltung zurück. Er fragt, ob dies auf eine verminderte Nachfrage der jüngeren Jahrgänge nach Ausbildungsplätzen zurückzuführen sei. - Jetzt müsse man die vor einigen Jahren erfolgte Erhöhung wieder zurückfahren, da die derzeitige Nachfrage geringer ausfalle, bestätigt **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)**.

Auf eine entsprechende des **Abgeordneten Martsch (GRÜNE)** gibt **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** die Auskunft, für die biologischen Stationen seien Zuwendungen über die Vereine, die sie trügen, vorgesehen. Der Personalbedarf der biologischen Stationen werde demnach nicht im Personalhaushalt des Umweltministeriums verankert, sondern im Rahmen einer institutionellen Förderung abgesichert. Das Kapitel 10 030 Titel 537 13 - Versuche und Untersuchungen im Bereich des Naturschutzes und der Landschaftspflege - enthalte die Förderung von

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

Untersuchungsvorhaben, die auch von biologischen Stationen durchgeführt würden.

Bei der Beratung des ökologischen Landbaus handele es sich im übrigen um Stellen, die bei den Landwirtschaftskammern ausgebracht würden. Insoweit würden die biologischen Stationen auch über forschungsbezogene Förderungen mit Zuschüssen für die Landwirtschaftskammern und in bescheidenem Umfang mit Zuwendungen an die Verbände des ökologischen Landbaus berücksichtigt.

An Abgeordneten Knipschild gewandt, fährt Dr. Bentrup fort, was die auf Seite 62 der Vorlage angesprochenen Hebungen bzw. Herabstufungen der Angestelltenstellen in der Verwaltung für Agrarordnung betreffe, handele es sich um ein tatsächliches Nachvollziehen der konkreten Besetzung. Das gehe auf eine Forderung der Arbeitsgruppe "Personalbedarf und Stellenpläne" in der vorhergehenden Legislaturperiode zurück, nach der die Stellen nur in der tatsächlichen Wertigkeit besetzt werden sollten. Daraus ergebe sich eine Reihe von Umstufungen.

Abgeordneter Knipschild (CDU) fragt nach, ob die Umstufungen auch in anderen Personalbereichen vorgenommen würden. - Diese Aufgabe gelte für alle Verwaltungszweige, stellt **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** heraus.

Falls Bedarf bestehe, wieder Umstufungen vornehmen zu müssen, sei dies weiterhin möglich.

Was die auf Seite 65 der Vorlage aufgeführten kw-Vermerke betreffe - eine erneute Frage des Abgeordneten Gorlas (SPD) - seien diese so terminiert, daß sie mit dem planmäßigen Ausscheiden der auf diesen Stellen sitzenden Mitarbeiter wegfielen.

Im übrigen habe er nicht von zu viel Mitarbeitern, sondern von unbesetzten Stellen gesprochen. Mit einer solchen Lösung werde eine Umstrukturierung des Personalkörpers in Richtung auf die Bereiche vorgenommen, die nach den jetzigen Erwartungen einen größeren Bedarf verursachten. Dies gelte einmal für die Landschaftsplanung oder auch die Katasterberichterung bzw. die abschließende Abwicklung von Flurbereinigungsverfahren.

Ausschuß für Landwirtschaft,
Forsten und Naturschutz
6. Sitzung

10.01.1991
sd-sz

Abgeordneter Knipschild (CDU) äußert sein Erstaunen über die unterschiedliche Besoldung der Präsidenten der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung, des Landesamtes für Immissionsschutz und des Landesamtes für Wasser und Abfall.

Auch **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** hält den Unterschied für nicht gerechtfertigt, eine Höherstufung bedürfe aber einer Änderung des Bundesrechts.

In Zusammenhang mit der Gründung der LÖLF habe man damals eine Besoldungsgruppe eingerichtet, die sich nach heutiger Beurteilung als zu niedrig herausgestellt habe. Nach einer Vorgabe der Bundesfinanzminister solle hierzu keine neue Runde eröffnet werden, weil dann Hunderte von Fällen nachzögen.

Daß der Präsident der LÖLF bei dem Ansehen dieser Landesanstalt zwei Besoldungsstufen niedriger eingestuft werde als die Präsidenten der anderen erwähnten Einrichtungen, kritisiert **Abgeordneter Gorlas (SPD)** nachdrücklich. Bei der Gründung der LÖLF sei der Präsident zunächst in die B-3-Besoldung eingestuft worden, "man habe ja eine Perspektive". Seine Fraktion habe in den letzten Jahren dreimal den Versuch unternommen, das zu ändern. Während der Großen Koalition sei dann die Kompetenz für die Besoldung durch Grundgesetzänderung an den Bund abgegeben worden. Seitdem würden diese Stellen in der zuständigen Verordnung schriftlich aufgeführt.

Auch er sehe die Schwierigkeit, überhaupt eine einheitliche nordrhein-westfälische Meinung zu finden, da Forderungen aus allen Ressorts folgen würden.

Sodann erinnert **Abgeordneter Gorlas** daran, daß bei der Einbringung der letzten Novelle zum Landeswassergesetz von einer dreistelligen Stellenzahl zur Umsetzung dieses Gesetzes die Rede gewesen sei. Ihn interessiere, wie viele Stellen mit Vollzug dieses Haushalts vorgesehen seien. - **Staatssekretär Dr. Bentrup (MURL)** betont, diese Auflistung könne er im Augenblick nicht anführen. Er sei aber bereit, darüber eine spezielle Aufstellung erstellen zu lassen, aus der hervorgehe, welche der damals angeforderten Stellen bislang eingerichtet worden seien.